

**Annoncen-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Miki & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in L. eserich bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei C. F. Naube & Co.,  
Haasensteins & Vogler,  
Kudolph Müsse.  
In Berlin, Dresden, Stettin  
beim „Invalidenbank“.

Nr. 860.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 7. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 6. Dezember. Der König hat geruht: die Provinzial-Steuer-Direktoren, Geheimen Finanzräthe Krieger zu Altona und Freusberg zu Köln zu Geheimen Ober-Finanz-Räthen zu ernennen. Der bisherige kommissarische Kreis-Schulinspektor, Rektor Eduard Trieschmann in Waldenburg ist zum Kreis-Schulinspektor ernannt worden. Der prakt. Arzt Dr. med. Lewicki zu Stuhm ist zum Kreis-Physikus des Kreises Stuhm ernannt worden. Dem ordentlichen Lehrer an der Kunstakademie zu Düsseldorf, Kupferstecher Ernst Forberg ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

## Vom Pandtage.

### 21. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 6. Dezember. Am Ministertische Graf zu Eulenburg mit mehreren Kommissarien.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf betreffend die Zahlung der Beamten-Gehälter und Bestimmungen über das Gnadenquartal.

Die Beratung des Etats des Ministers des Innern wird fortgesetzt. Bei Kapitel 85 (Meteorologisches Institut) mahnt Abg. v. Wedell (Malchow) an die versprochene Reorganisation dieser Anstalt, die in Preußen nicht bis zu dem Grade entwickelt ist, um den Ansprüchen, die an sie gestellt werden, entsprechen zu können. Den Interessen des Handels und der Schifffahrt in dieser Beziehung diene die Seewarte in Hamburg; in ähnlicher Weise müßten die Beobachtungen für die Landwirtschaft verwertet werden, um z. B. die Feldfrüchte rechtzeitig zu bergen; heiläufig auch für Feste im Freien, um die weißen Kleider unserer Damen zu schonen, und damit die Hausfrauen wissen, wann sie waschen sollen. (Heiterkeit.) Am weitesten entwickelt sind die Einrichtungen in Nordamerika, wo täglich 4500 Depeschen von gewissen Zentralpunkten an sämtliche Eisenbahnen versandt werden und der Staat jährlich über 1 Million Dollars dafür aufwendet. England verwendet jährlich 300,000 Mark, also 10 Mal so viel als das preussische Budget, das 29,700 Mark ausreicht. In Frankreich besteht schon seit langer Zeit ein service agricole für die Wetterbeobachtungen. Oesterreich besitzt eine Zentralstelle, desgleichen Bayern, Württemberg und Baden. Am höchsten steht das Königreich Sachsen, dessen Zentralstation (in Leipzig) unter der Leitung des berühmten Bruns steht und die ihre Depeschen sehr regelmäßig in die weitesten Kreise sendet, wofür sogar an den Stationen ein Telegraphendienst mit Signal-Vorrichtungen besteht. Die Wirksamkeit der Seewarte kann wegen des Mangels einer Zentralstelle nur eine beschränkte sein. Für das inländische Telegraphenwesen ist in den neuen Etat des Reichs ein Hilfsarbeiter eingestellt worden, was hinsichtlich der Interessen der Seewarte zu Gute kommen wird. Es muß in Preußen für jede Provinz eine Zentralstation eingerichtet werden; die Berliner Zentralstelle dürfte dann in erster Linie einen organisatorischen Charakter haben. Wie steht es mit der Reorganisation des Instituts? fragt der Redner und richtet an den Finanzminister speziell die Bitte, in die Einstellung der nötigen Mittel in den nächsten Etat zu willigen; 150,000 Mark pro Jahr würden hinreichen. (Beifall.)

Reg.-Kommissar Geh. Rath Herrfurth: Die Regierung bietet gern die Hand zur Erfüllung dieser Wünsche, die aber bei den jetzigen Einrichtungen des Instituts und mit den Mitteln des Etats unmöglich ist. Seine Reorganisation, über welche seit 4 Jahren mit Zustimmung von Sachverständigen, namentlich des Direktors der Seewarte bis zum Abschluß verhandelt worden ist, wird sehr erhebliche Mittel in Anspruch nehmen, aber, sobald dieselben gewährt sind, allen Wünschen, insbesondere dem nach einem Zentrum in Potsdam und Stationen in allen Provinzen genügen. Außer den Kosten im Ordinarium würde extraordinär mehr als 1 Million für Errichtung neuer Stationen, Ausführung von Bauten und Umwechslung der ungenügenden Instrumente erforderlich sein. Bei der jetzigen Finanzlage konnte eine solche Summe in den laufenden Etat nicht eingestellt werden; die Regierung hofft, daß es ihr für den nächsten Etat möglich sein wird, übernimmt aber dafür keine Gewähr. Außerdem verhandeln gegenwärtig die Admiralität und die Minister des Innern und der Landwirtschaft darüber, daß durch Beamte des Instituts Hydrographen- und Wetterkarten hergestellt werden, wodurch dem Wunsch des Vorredners, so weit es zur Zeit thunlich ist, entsprochen wird.

Abg. Schmidt (Stettin) verlangt neben einer Zentralstation Provinzialhauptstellen in Königsberg, Breslau, Berlin, Kiel, Göttingen und Bonn und ein größeres Netz von einfacher eingerichteten Beobachtungen, namentlich Regenstationen für jede Quadratmeile, für deren Besetzung die landwirtschaftlichen Vereine eintreten müßten. Erst dann wird die Wissenschaft mit mehr Glück als bisher das Wetter voraussagen können und die Autorität des hundertjährigen Kalenders bei den Landleuten verdrängen.

Abg. Virchow: Wie denkt sich die Regierung das Verhältnis des reorganisierten Instituts zur Seewarte? Man hat nun einmal die Hauptbedürfnisse, welche bis dahin in nicht unwissenschaftlicher, in vieler Beziehung sogar ausgezeichnete Weise hier in Berlin betrieben waren, plötzlich disloziert und den Hauptstich der deutschen Meteorologie nach Hamburg verlegt. Nachdem also das Wetter nur dort gemacht wird, ist es da nützlich und loyal, für dieselbe Aufgabe eine zweite Zentralstation zu schaffen? Was die Herren Landwirthe angeht, findet zur Zeit immer ein doppelt geneigtes Ohr bei der Regierung. Aber erst mußte doch nachgewiesen werden, daß das Wetter auf verschiedene Weise, für die See und das Land, zu interpretieren ist. Die Seewarte muß sich doch auch um das Wetter auf dem Lande kümmern, um das auf der See vorauszuheben, und man freut die Interessen, wenn man zwei Anstalten für dieselbe Aufgabe vollständig organisiert und eine mit ihren praktischen Leistungen auf die See hinbringt, während die andere ihre Applikation auf das Land macht. Eine nützliche Konkurrenz ist in diesem Falle nicht zu erwarten und man könnte sehr wohl in Berlin produzieren was jetzt in Hamburg geleistet wird, seitdem es Telegraphen giebt.

Geh. Rath Herrfurth: Die einzelnen Modalitäten des Reorganisationsgesetzes können erst diskutiert werden, wenn der Plan selbst vorliegt. Die Absicht ist, die Seewarte und das Institut sollen nicht vereint werden, sondern nebeneinander wirken.

Abg. v. Schorlemer (Alf): Die Antwort des Herrn Kommissars hat mich erfreut; doch sähe ich lieber, daß etwas gethan, als daß nur entgegenkommende Erklärungen abgegeben werden. Der Abgeordn. Virchow findet, daß die Wünsche der Landwirtschaft jetzt allzusehr be-

rücksichtigt werden; aber es ist nicht wohlgethan, sich immer absällig zu äußern, so oft hier von der Landwirtschaft die Rede ist. Es macht hier den Eindruck, als ob die Herren es kaum ertragen könnten, wenn hier einmal die Interessen der Landwirtschaft vertreten werden. Für uns ist es gleichgültig, ob die Sache von der Seewarte allein, oder in Verbindung mit dem Institut geregelt wird. In Westfalen hat man die Einrichtung mit der Seewarte getroffen, die sich in sehr entgegenkommender Weise an unsere landwirtschaftlichen Versuchsanstalten mit der Anfrage gewendet hat, ob sie eine Beobachtungsstation einrichten wollten, wofür denn die Seewarte die Instrumente liefern und die nötigen Vaulichkeiten auszuführen bereit sei. Die Einrichtung bewährt sich durchaus. Die Einrichtung von landwirtschaftlichen Versuchsanstalten hat den Vortheil, daß die landwirtschaftlichen Vereine und deren Organe sich für die Beobachtungen interessieren, und hierdurch eine größere Verbreitung erfolgt. Den sanguinischen Folgerungen v. Wedells kann ich mich nicht anschließen; aber abgesehen von dem hundertjährigen Kalender darf man die meteorologischen Beobachtungsstationen doch als wesentlich verbesserte Klinkerfüße betrachten. (Heiterkeit.)

Abg. Virchow: Die Herren Landwirthe scheinen zuweilen zu glauben, es müsse eine Spezialwissenschaft für sie erfunden werden, während es sich doch nur um eine zweckmäßige Anwendung der allgemeinen Wissenschaft auf die Landwirtschaft handelt. Sollen also für die eigentliche Wissenschaft Beobachtungsstationen fixirt werden, so müssen sie doch an irgend einer Stelle zentralisirt werden. Bekanntlich handelt es sich nicht mehr darum, das Wetter innerhalb der Provinzen Deutschlands zu überleben, sondern womöglich über den ganzen Erdball. Wie weit Sie nachher die Sache auf einzelne Zweige der Landwirtschaft applizieren wollen, das ist eine andere Frage. Dadurch, daß man von vornherein eine gewisse Anweisung auf die Landwirtschaft zugeschnittene Wissenschaft sich zurecht macht, gewinnt man keinen wesentlichen Vorzug. Nichts ist weniger hierzu geeignet, als gerade die Meteorologie, die in höherem Maße den Charakter einer Universalwissenschaft hat. Was der Herr Kommissar über die Auseinandersetzung zwischen der See- und der Landwarte gesagt hat, ist wahrscheinlich nur eine momentane Konzeption an bestehende Verhältnisse des Reichs.

Abg. v. Schorlemer: Wir wollen nur ausgedehnte Beobachtungen auf recht viel einzelnen Stationen, nicht eine auf die Landwirtschaft zugeschnittene Wissenschaft.

Die 20,700 Mark für das meteorologische Institut werden bewilligt.

Bei Kap. 90 (Landrätliche Behörden und Aemter) bemerkt Abg. Wehr: Schon wiederholt ist hier darauf hingewiesen worden, daß sowohl die Gehälter, wie die Dienstaufwands-Entschädigungen der Landräthe durchaus unzureichend sind; die Regierung hat dem nicht widersprochen, und bei dem großen Wohlwollen, welches der Herr Minister allen Beamten entgegengebracht, zweifle ich nicht, daß nur die Finanzlage ihn an einer Aufbesserung verhindert hat. Ich muß aber von neuem hervorheben, daß es Pflicht des Staates ist, diese Beamten genügend zu befördern, und bitte, das möglichst bald zu thun; ferner ist auf eine möglichst vollständige Beseitigung der von Kommunalabgaben freien Grundstücke hinzuwirken.

Geh. Rath Herrfurth: Wie bei allen Verwaltungsbeamten erkennt die Regierung auch bei den Landräthen die Nothwendigkeit einer Gehaltserhöhung an. Zu einer Erhöhung der Dienstaufwands-Entschädigung liegt aber kein Bedürfnis vor. Eine Erhöhung derselben hat erst 1874 stattgefunden, und es kommt noch hinzu, daß durch Einführung der Kreisordnung die sachlichen Ausgaben der Landräthe wesentlich vermindert worden sind. Die Beseitigung der von Kommunalabgaben befreiten Grundstücke ist größtentheils durchgeführt, wenigstens in den Landgemeinden; sie alle zu beseitigen, war noch nicht möglich.

Abg. Wehr bleibt dabei, daß auch eine Erhöhung der Dienstaufwands-Entschädigung der Landräthe geboten sei.

Abg. Windthorst: Das Gehalt der Landräthe würde genügen, wenn die ursprüngliche Idee festgehalten worden wäre, wonach dieses Amt durch einen eingesehnen größeren Grundbesitzer bekleidet werden sollte. Da man davon leider abgekommen ist, ist eine Gehaltserhöhung der Landräthe nothwendig.

Abg. v. Minnigerode: Ich danke der Regierung für das Entgegenkommen bezüglich der finanziellen Stellung der Landräthe. Das Hauptbedürfnis liegt nach meiner Meinung in der Gehaltserhöhung, die Entschädigung für den Dienstaufwand ist ja allenfalls genügend. Gleichzeitig theile ich ganz die Meinung des Abg. Windthorst, daß das Landrathsamt nie ein des Geldgewinns wegen erstrebendes Amt werden soll, sondern den Charakter eines Ehrenamtes beibehalten soll.

Abg. v. Rauchhaupt theilt die Ansicht Windthorst's über die Stellung der Landräthe und wird ihn bei der Kreisordnung, wo es gilt, diese Ansichten zu fixiren, beim Wort nehmen.

Abg. Windthorst: Man brauche ihn gar nicht beim Wort zu nehmen, er sei jeder Zeit für den ehrenamtlichen Charakter des Landrathsamtes eingetreten, aber ohne Unterstützung von jener Seite (rechts) geblieben und v. Seerevan konstatiert, daß er in jenen Fällen dieselbe Anschauung vertreten habe.

Abg. v. Seydebrand: Es ist schon oft als billig und dringend nothwendig bezeichnet worden, die Gehälter der Kreissekretäre denen der Regierungsekretäre gleichzustellen, deren Rang derselbe ist. Die Regierung ist dieser Anregung gefolgt und hat wenigstens das Maximalgehalt der Kreissekretäre gleichgestellt, also von 3300 Mark auf 3600 erhöht. Diese Erhöhung ist aber nur dadurch ermöglicht worden, daß man das Minimalgehalt um dieselbe Summe vermindert hat. Dieser Ausweg will mir als ein sehr unglücklicher erscheinen, es ist bedenklich, ein Minimalgehalt noch zu vermindern, um ein Maximalgehalt zu erhöhen. Ich bitte den Herrn Minister, beim nächsten Jahrigen Etat diese Maßregel der Verminderung rückgängig zu machen und den Status quo ante wieder herzustellen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen können die Minimalgehälter nicht verringert werden. Wir konservativen erwarten vielmehr, daß der Moment kommen wird, wo Mittel vorhanden sein werden, die Gehälter aufzubessern. Allerdings kommen die Kreissekretäre 6 bis 8 Jahre früher in ihre Stellung, wie die Regierungsekretäre, aber dafür gehen sie in die kleinen Kreisstädte, übernehmen eine verantwortlichere und arbeitsreichere Stellung, müssen ihre Vorgesetzten vertreten und mit den Kreisinsassen verkehren. Die Erziehung der Kinder ist für den Kreissekretär in der kleinen Stadt schwieriger und kostspieliger als für die Regierungsekretäre in der größeren Regierungsstadt. Eine Erhöhung des Maximalgehalts kann doch nur eintreten, wenn einer der älteren Kreissekretäre stirbt oder

pensionirt wird und dadurch von unten eine jüngere Kraft mit vermindertem Minimalgehalt tritt. Ich bitte den Herrn Minister, im nächsten Etat das Minimalgehalt der Kreissekretäre von 1800 Mark auf 2100 Mk. zu erhöhen. (Beifall.)

Geh. Rath Herrfurth: Anträge auf Gleichstellung der Gehälter der Kreis- und Regierungsekretäre sind wiederholt vom Hause abgelehnt worden und auch die Regierung ist ihnen entgegengetreten. Das geringere Minimalgehalt, mit dem die Kreissekretäre anfangen, involvirt keine Ungerechtigkeit. In der That kommen diese Beamten 6 bis 8 Jahre früher in ihre Stellung als die Regierungsekretäre und rekrutiren sich zum überwiegenden Theil aus Zivilsupernumeraren, Landrathschreibern und zivilverjüngungsberechtigten Militärpersonen und nur zum geringen Theil aus Regierungsekretariats-Assistenten. Wenn die allgemeine Finanzlage es einmal gestattet, die Beamtengehälter aufzubessern, so würde das auch bei den Anfangsgehältern der Kreissekretäre stattfinden.

Abg. v. Seydebrand: Die letzte Bemerkung stellt ja in Aussicht, daß die Erhöhung wieder eintreten wird, sobald Mittel vorhanden sein werden. Woher kommt es denn, daß die Kreissekretäre sich so wenig aus den Sekretariats-Assistenten rekrutiren? Ich glaube daher, daß diese nicht mehr aus der Hauptstadt in Kreise hinauswollen, daß es sehr schwer ist, zuverlässige Kreissekretäre zu bekommen. Und doch sind gerade für diese Stellen die zuverlässigsten Leute erforderlich. Die Schwierigkeit wird aber wachsen, wenn man das Gehalt noch herabsetzt. (Sehr richtig!)

Geh. Rath Herrfurth: Die Mehrzahl der Kreissekretäre besteht nicht aus Sekretariats-Assistenten, weil die Regierung bei der Besetzung der Stellen die Wünsche der Landräthe berücksichtigt.

Abg. Köhler bedauert, daß der Etat keine Aufbesserung der Gehälter der Amtsvögte in der Provinz Hannover aufweise obgleich die Regierung im vorigen Jahre in der Budgetkommission das Bedürfnis anerkannt und Abhilfe zugesagt habe.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Daaß sagt die Erfüllung des Wunsches des Vorredners zu, sobald die allgemeine Finanzlage es gestatten werde.

Kap. 90, sowie 91 (Polizeipräsidium von Berlin) und 92 werden ohne Diskussion genehmigt.

Bei Kap. 93 (Distrikts-Kommissare für die Provinz Posen) wird für den Kreis Krotoschin ein Kommissar mehr gefordert.

Abg. v. Jazdzewski: Die Distrikts-Polizeibeamten haben in dem Kulturkampf eine Rolle gespielt, die den Intentionen der Regierung kaum entsprechen dürfte, und die Bevölkerung auf jede Weise verlegt und unnötig provoziert. In Wilatowo z. B. haben sie unbeschränkt Hausdurchsuchungen angestellt und zur Verhaftung eines gegen die Majestätsverleumdung gerichteten Geistlichen eine ganze Kompanie Soldaten aufgezogen, wobei es zu Mißhandlungen kam. Die Mehrforderung eines Distriktskommissars für den Kreis Krotoschin halte er für unbegründet, die Erleichterung des Verkehrs habe auch die Geschäftsführung dieser Beamten erleichtert.

Minister Graf zu Eulenburg: Auf die allgemeine Bemerkung des Vorredners, daß die Distriktskommissarien im Kulturkampf eine traurige Rolle gespielt haben, kann ich nicht eingehen, da er Thatfachen für diese Behauptung nicht angeführt hat. Sein absälliges Urtheil dürfte sich auch wohl weniger auf Thatfachen stützen, als auf der Mißstimmung über den kirchenpolitischen Konflikt erklären. Was den Vorfall in Wilatowo anlangt, so möchte ich doch bitten, daß in allen solchen Fällen die Betroffenen sich zunächst bei der zuständigen Behörde beschweren. Wie sollen wir hier ein Urtheil über solche Vorgänge fällen, wenn uns das Material nicht vorliegt. Im Allgemeinen muß ich doch in Bezug auf diesen traurigen Vorfall erwähnen, daß der Distriktskommissarius nicht aus eigener Initiative gehandelt hat, sondern daß die Verhaftung des Geistlichen auf das ausdrückliche Verlangen der Staatsanwaltschaft erfolgen sollte. Die Nachforschungen nach dem Geistlichen waren lange vergeblich, und als eines Tages eine Durchsuchung des Dorfes unter Assistenz mehrerer Gendarmen vorgenommen wurde, wurden sie von der Menge mit Steinwürfen empfangen und sahen sich genöthigt, eine Abtheilung zufällig anwesender Truppen zu requiriren, denen es nur unter erheblichem Widerstande gelang, die Verhaftung zu vollziehen. Die Ausbreitungen mögen bedauerlich sein, die Schuld dafür trifft aber nicht die Kommissarien; die Untersuchung gegen die Exzessanten schwebt übrigens noch.

Abg. Gahn führt aus, daß die Gehälter der Distriktskommissarien auch durch die besseren Wege nicht verringert worden wären, daß dieselben sogar eher zugenommen hätten.

Abg. Windthorst: Ich bewillige den Distriktskommissar nicht. Wenn man diese Beamten auf ihre eigentlichen Geschäfte beschränkt, so reichen sie vollkommen aus, für die Geschäfte des Kulturkampfes bewillige ich aber keinen. Der Minister hat sich selbst widersprochen: er sagte, die Leute in Wilatowo hätten sich beschweren sollen, damit man das Material kennen lerne; trotzdem aber kennt der Herr Minister den Fall sehr genau. Ist es erborn, daß man, um einen Geistlichen zu verhaften, der seinen Mitbürgern geistlichen Beistand leisten will, Derartiges unternimmt! Das ist eine Illustration zum Kulturkampf, wie man sie nicht schrecklicher denken kann. So verfolgt der Staat Menschen, die die Religion im Volke pflegen, und es ist eine ganz absonderliche Politik, daß der Minister sich auf eine solche Erklärung beschränkt.

Abg. v. Jazdzewski: Der Geistliche konnte sich nicht beschweren; denn er saß Monate lang und auch heute noch hinter Schloß und Riegel. Wenn aber der Fall in Zeitungen geschildert wird und der Beamte tritt dieser Schilderung nicht entgegen, sondern erkennt die Wahrheit derselben an, dann muß ein solcher Fall hier besprochen werden, damit das Land weiß, wohn der Kulturkampf führt. Herr Gahn sagt, der Wirkungskreis der Distriktskommissarien habe sich erweitert. Zum Theil ist das richtig; ihre Arbeit ist durch die Ständesamtsangelegenheiten vermehrt. Wenn aber die Landräthe in Posen mehr leisten wollten und ihre Amtsgeschäfte nicht auf die Schultern der Distriktskommissarien abwälzen würden, so würden diese bedeutend weniger zu thun haben und man brauchte sie nicht zu vermehren.

Minister Graf zu Eulenburg: Die Einwendungen der Herren Windthorst und Jazdzewski sind unzutreffend. Ich habe in Bezug auf den Fall in Wilatowo mich nur ganz allgemein äußern können, da ein Bericht darüber nicht vorliegt. Der betreffende Geistliche wurde sich, auch wenn er in Untersuchungshaft sitzt, doch haben beschweren können. Herr Windthorst hat meine Antwort absonderlich gefunden. Ich halte es nicht für angezeigt, bei jeder Gelegenheit, die in irgend einer Verbindung mit dem kirchenpolitischen Konflikt steht, auf diesen einzugehen. Daran muß ich aber festhalten, daß die Autorität des



Gefekes aufrecht erhalten wird, und ich kann hier nicht Beamten ungerechte Vorwürfe machen lassen, die nur nach der Vorschrift des Gesetzes gehandelt und ihre Pflicht erfüllt haben. (Zustimmung links.)

Geh. Rath v. Kehler rechtfertigt die in Kap. 93 ad 1 verlangte Vermehrung der Distriktskommissionariate von 4 und 5 mit dem Hinweis auf die große Einwohnerzahl der jetzigen Bezirke; die Bedenken gegen die beabsichtigte Einteilung der Bezirke sollen noch einmal sorgfältig geprüft werden.

Abg. Sahn: In Wilatowo sind die Polizeibehörden auf Anrufung der gerichtlichen Behörden eingeschritten. Der Abg. v. Jazdzewski verichert, er wolle die Landräthe nicht verleiden, aber was kann man ihnen Verlegendes sagen, als wenn man behauptet, daß sie nichts leisten. Die Landräthe können nicht die Geschäfte der Distriktskommissionariate noch mitbestimmen, vielmehr ist eine Mittelinstanz zwischen Landräthen und Ortsbehörden durch die Größe der landrätlichen Kreise geboten. Im Jahre 1837 habe man auf einen Distriktskommissar nur 8000 Einwohner berechnet. Wollte man sie nicht der größeren Einwohnerzahl entsprechend vermehren, so würden nicht die Landräthe darunter leiden, sondern die Bevölkerung.

Abg. Kantak: Die Zuziehung von Militär bei der Haussuchung und Verhaftung in Wilatowo sei durchaus nicht nöthig gewesen. Man solle die Untersuchung gegen die Beamten abwarten, um zu beurtheilen, ob v. Jazdzewski die Sache falsch dargestellt habe. Gegen die Vermehrung der Distriktskommissionariate würden die Polem stimmen, weil sie das ganze Institut mihiligsten.

Abg. Windthorst: Der Minister hat leider eine Untersuchung gegen die Beamten noch gar nicht in Aussicht gestellt, sondern nur gegen die Exzessanten. Aber wir sind in der Einsicht nicht sehr verwöhnt. Die Gesetze müssen, so lange sie existiren, vom Staate beachtet werden. Es kann nicht dringend genug nach allen Seiten hin der Mahnung ergehen, daß man nach seiner Seite, mögen die Gefühle auch bis Innerste empört werden, denselben einen thätlichen Ausdruck gebe. Ich glaube aber, daß gegenüber derartigen Vorwürfen ein wärmerer Akt der Theilnahme seitens der Regierung erwünscht gewesen wäre. Wir wollten an diesem Falle nur zeigen, welches Unglück der Kulturkampf über das Land verbroitet. Das werde ich immer und bei jedem Anlaß thun, denn es ist das einzige Mittel zur Abhilfe; die Mittel der Gewalt verabscheuen wir.

Abg. v. Jazdzewski hat nicht sagen wollen, daß die Landräthe nichts leisten, sondern nur, daß sie sehr wenig leisten. (Weiterkeit.)

Abg. Freymark vermahnt sich und seine Kollegen gegen den unbewiesenen Vorwurf des Abg. v. Jazdzewski, daß sie nichts leisten. Abg. v. Jazdzewski: Ich habe gegen die Landräthe nichts Verlegendes sagen wollen und modifizire meine Aeußerung dahin, daß den Landräthen durch die Distriktskommissionariate die ganze Arbeit abgenommen wird. (Weiterkeit.)

Kap. 93 wird genehmigt.

Bei Kap. 94 (Landgendarmarie) wünscht v. Schorlemer-Alst durch Befestigung oder Verminderung der Brigadiere ein Ersparniß zu machen und wünscht eine Spezialisirung des vom Reich für die Gendarmarie gewährten Aufschusses, die Geh. Rath v. Kehler verpricht.

Kap. 95 Tit. 1 jetzt für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei 120,000 Mk. aus.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Zu diesen geheimen Ausgaben gehören auch solche für die Presse. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat zwar wiederholt erklärt, daß sie nicht subventionirt, sondern freiwillig gouvemenal sei und die Regierung nur aus Patriotismus unterstütze. Dasselbe sage aber auch andere, notorisch subventionirte Blätter und es steht fest, daß ein gewisser Raum der „Nordd. Allg. Ztg.“ jederzeit der Regierung zur Disposition steht, daß sie wiederholt sich zur Abgabe von Erklärungen im Namen der Regierung für ermächtigt erklärt hat und die sogenannten Kommunikats zuerst bringt. Nach dem Tone ist aber dieser Raum mit dem der Gallerie zu vergleichen. Ich vertraue, daß der Minister soviel Einfluß und Beziehungen zum Reichsfanzler hat, um Uebelstände beseitigen zu können, deren skandalöse Seite auf die Regierung zurückwirft. Es genügt nicht, daß die Regierung die Verantwortlichkeit für solche Blätter ablehnt, die nicht ihre Organe seien, wie der Herr Minister des Innern kürzlich gethan hat. Nach dem, was wir in letzter Zeit wiederholt erlebt, ist es nöthig, daß sie den Inhalt gewisser Artikel ausdrücklich desavouirt und jede nähere Beziehung zu Blättern abbricht, die solche Artikel bringen. (Medner verliest den Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 25. November, in welchem die politische Richtung der Abg. Richter und Richter charakterisirt wird.) Ein solcher Artikel gehört zu den „reichs-, preußen- und staatsfeindlichen“. Die Regierung will in Blättern nicht amtliche Publikationen inseriren, wenn die Haltung des Blattes derartig ist, daß das Inseriren entweder der Würde der Regierung nicht angemessen ist oder zu Verwirrungen im Lande führen müßte. Nichts ist doch aber der Würde der Regierung mehr entgegen, als solche Artikel. Meine Partei ist gegen derartige Angriffe seit 10 Jahren sehr abgehärtet, und ich werde mich nicht wegwerfen, nachdem ich gegen die Revolution für die Monarchie eingetreten bin, mich gegen den Vorwurf republikanischer Beeinträchtigungen Leuten gegenüber zu vertheidigen, die ihre Fahnen mit Tyrannenblut gefärbt haben wollen. Aber dem Ansehen der Regierung und des Parlaments im Lande sind derartige Vorwürfe sehr nachtheilig. (Sehr wahr!) Ich habe oft einen Strauß mit dem Abg. Richter, dann bin ich nach der „Nordd. Allg.“ im eminentesten Maße staatsfeindliches Element. Nachher gehöre ich zur Zentrumsparthei; da bin ich reichs- und staatsfeindlich. Der Abg. Richter, zur Zeit Landesdirektor a. D., hat erst jüngst zum Zustandekommen der Militärnovelle wesentlich beigetragen. Wenn ein Kompromiß zwischen den Liberalen und der Regierung früher nicht zu Stande kam, der Abg. Richter war nicht daran schuld. (Weiterkeit.) Wenn v. Bennigsen noch eine solche Rede hält wie neulich, so wird die „Nordd. Allg. Z.“ ihn auch zu den Reichsfeinden zählen. (Weiterkeit.) Dann kommen die Konservativen dran, nicht wie Birchow meint, die Freikonservativen. Das beweist ein Artikel in der „Königlich Privilegirten Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.“ (Weiterkeit.) Hier in der „Post“ wird im Anschluß an die Broschüre von Jolly folgendes Folgent bewiesen (Weiterkeit): „In dem Bündniß zwischen den Konservativen und dem Zentrum, dem Pfaffen, der in Dienste einer finsternen auswärtigen Macht stehe, und dem Junker, der sich als Vasall seines Lehnsheeren fühle, liege eine große Gefahr für die Monarchie und das deutsche Kaiserthum. Die freikonservative „Post“ macht sogar der „Nordd. Allg. Ztg.“ Konkurrenz. Sie sagt: „Hinter dem föderalistischen Gedanken des Zentrums steht der großdeutsche Gedanke mit dem durch Kavaliere und Reichthümer geleiteten österreichischen Kaiserthum und der katholischen Demokratie.“ Also die freikonservative Partei ist schließlich die einzige regierungsfähige Partei. Was soll daraus werden, wenn das Blätter schreiben, die, wie man im ganzen Lande glaubt, der Regierung nahe stehen? Das heißt in der That eine Partei von Mameluden ins Leben rufen; denn was bleibt bei solchen Anforderungen noch für eine parlamentarische Partei übrig? Alle Parteien sollten dem entgegengetreten. Wer irgendwo der Regierung entgegentritt, wird als Feind der Monarchie und des Kaiserthums betrachtet. Die Liberalen leiden jetzt nur die gerechte Strafe dafür, daß sie solche Vorwürfe gegen das Zentrum geduldet haben. Solche Angriffe auf das Parlament sind mit dem Stempel der Infamie behaftet. In keinem Lande der Welt kommt es vor, trotz aller Festigkeit des politischen Kampfes, daß die Parteien sich eines Mangels an monarchischer Loyalität beschuldigen, und noch mehr muß das in Blättern der Regierung befremden. Denn das heißt Unzufriedenheit im Staate erregen und die Klassen der Bevölkerung zu Haß und Verachtung gegen einander aufreizen. Ich bitte die Regierung, ihren Einfluß zu verwenden, daß in den Organen, zu denen sie in Beziehung steht, derartige Angriffe unterbleiben, oder jede Beziehung zu solchen Organen abbrechen und ihnen alle Publikationen zu entziehen, denn es ist eine billige Bedingung, daß die Redaktion solcher Blätter in die Hände von

Männern gelegt wird, die ihre fünf Sinne zusammen haben und nicht solcher, die reif sind für eine Besserungsanstalt. (Beifall.)

Minister Graf Eulenburg: Ich kann nur wiederholen, daß die Regierung keine Verantwortlichkeit, weder für Artikel der „Nordd. Allgemeinen Zeitung“, noch anderer Privatblätter übernehmen kann. Insofern theile ich die Ausführungen des Herrn Vorredners, daß man selbst im scharfen politischen Kampfe die Verunglimpfung von Persönlichkeiten und die Unterbrechung nicht vorhandener Motive vermeiden muß. (Beifall.)

Zu Titel 4 (Prämien für die Ermittlung von Verbrechen) bemerkt

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich werde die hier verlangten Mehrbeträge bewilligen, mache aber darauf aufmerksam, daß dieselben nur durch die aus dem Kulturkampf resultierende Verwilderung der Arbeiterbevölkerung nothwendig geworden sind. Das gilt namentlich von den 6 Lustmorden im Kreise Bochum; man hat hier aber auch die Polizeibeamten für die Ermittlung nicht mit der nöthigen Vorsicht ausgewählt; dadurch, daß Herr v. Meerscheid-Höllesheim, der als geheimer Kommissar dorthin geschickt wurde, sogleich bei seiner Ankunft in einem Proklama zu seiner Unterstützung aufforderte, machte er die Entdeckung unmöglich und lähmte zugleich die Thätigkeit der Ortspolizeibehörde, die es natürlich dem großen Mann aus Berlin überließ, wie er fertig werden würde.

Das Kapitel wird genehmigt.

Bei Kap. 96 „Strafanstaltsverwaltung“ richtet Abg. Schmidt (Stettin) die Aufmerksamkeit des Hauses auf die vielen Beschwerden, welche seit Jahren darüber erhoben sind, daß die durch das deutsche Strafgesetz zulässige vorläufige Entlassung von Strafgefangenen nicht in dem Umfange erfolgt, wie es erwartet werden mußte. Die dem Landtage zugegangene amtliche Gefängnißstatistik weist nach, daß seit 1872 neben den Begnadigungen der Prozentfakt von vorläufigen Entlassungen mit geringen Schwankungen in der Abnahme begriffen ist. Dagegen steht es fest, daß die zum Reffort des Ministeriums des Innern gehörige Gefängnißverwaltung jährlich nach Prüfung der Verhältnisse zur umfassenderen Ausführung des Strafgesetzes die Hand geboten hat. Das General-Auditorium gehört mit seinem Etat dem Reiche an, es bleibt außerhalb der Diskussion. Im Jahre 1877/78 wurden 355 Anträge auf vorläufige Entlassung von der unter dem Ministerium des Innern stehenden Gefängnißverwaltung gestellt, und dabei für Zivil- und Militärgefangene nur 129 genehmigt, 8 davon widerrufen. Es rechtfertigt sich nicht, die bei der Gefängnißverwaltung maßgebend gegesehenen Gründe für die vorläufige Entlassung neu zu ventiliren, wohl aber kann man darauf hinweisen, daß der Staat durch diese Maßregel von einer Kostenlast für unverhältnismäßig lange Freiheitsstrafen befreit wird. Auf die Gefangenen hat die Hoffnung auf frühere vorläufige Entlassung einen sittlich fördernden Einfluß und macht sie empfänglicher für eine spätere unbescholtene Existenz. Schließlich wird die Staatsregierung aufgefordert, die Hindernisse zu beseitigen, welche der Ausführung des Strafgesetzes in so greller Weise entgegenstehen.

Abg. v. Nechtzig: Für die Entlassung ist nicht nur das Betragen der Gefangenen im Gefängniß maßgebend, sondern sein Vorleben wie seine sonstigen Verhältnisse. Bei dieser Gelegenheit will ich jedoch vor Allem auf die Nothwendigkeit der Prügelstrafe für gewisse Verbrecher resp. Gefangenen hinweisen. Ich gebe ja zu, daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen denjenigen, welche a. B. nur ein Verbrechen begangen haben, und denjenigen, welche wegen eines gemeinen Verbrechens, wie Diebstahl, Raub u. s. w. bestraft werden. Für letztere halte ich die körperliche Züchtigung für ein nothwendiges Mittel, wenn die Strafe wirklich ein Uebel sein soll.

Abg. Stroffer: Was den Antrag Schmidt (Stettin) betrifft, so habe ich mich schon früher darüber ausgesprochen, man kann jedoch selbst so allgemeine Wahrheiten nicht oft genug wiederholen. Es ist diese Frage schon seit einer Reihe von Jahren von der rheinisch-westfälischen Gefängnißgesellschaft wiederholt worden, welche von der wohlthätigen Einrichtung der vorläufigen Entlassung der Gefangenen fest überzeugt ist. Und wenn man in den ersten 2 Jahren gegenüber den Erfahrungen Englands, Sachsens, Oldenburgs leider viel zu freigiebig mit der Entlassung, ist man jetzt zum entgegengesetzten System übergegangen. Der Abg. Schmidt hat den Nachweis geführt, wie seit 1872 die Zahl der Entlassungen immer bedeutender heruntergegangen ist. Dies würde erklärlich sein, wenn die Zahl der Gefangenen seitdem abgenommen hätte, aber gerade das Gegenteil ist der Fall und der Prozentfakt für die Entlassung ist ein größerer geworden. Wenn aber der § 23 des Strafgesetzbuchs dem Gefangenen durch Abkürzung seiner Strafe Anlaß zur Besserung geben soll, so muß das Justizministerium dem Rechnung tragen, sonst wäre es besser, die Paragraphen zu streichen und höchstens im Begnadigungswege die Strafe zu kürzen. Wenn a. B. wie in meiner Ansicht, welche 470 Köpfe umfaßt, von 9 Anträgen auf Entlassung von Gefangenen nur 1 genehmigt wird, so heißt das die Wirkung des § 23 des Str.-G.-B. aufheben, und es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn in allen übrigen deutschen Bundesstaaten so viele vorläufig beurlaubt werden und nur bei uns in Preußen diese Bestimmung in ihrer Wirkung so beschränkt wird. Das Schlimme ist, daß die Hoffnung der Gefangenen, auf Entlassung, welche sie in dem Bestreben der Besserung stärkt, vollständig niedergeschlagen wird, zumal das Justizministerium niemals einen Grund für die Ablehnung angibt. Es kommt für die Anwendung dieses Paragraphen noch ein Zweckmäßigkeitsgrund hinzu, nämlich bei der Ueberfüllung unserer Gefängnisse dadurch Platz für andere Gefangenen zu machen. Ich bitte die Regierung, den § 23 Str.-G.-B. zur ausgedehnten Geltung zu bringen. Den Ausführungen des Abg. v. Nechtzig bezüglich strengerer Strafmittel im Gefängniß stimme ich bei und weise auf das Beispiel von Schweden hin, wo für viele Vergehen und Uebertretungen zwar kurze, aber höchst strenge Strafen, wie 20 Tage bei Wasser und Brod u. s. w. eingeführt sind. Dadurch tritt eine Kostenersparniß ein und wird die Ueberfüllung der Gefängnisse gehindert.

Abg. Hansen: Trotz der großen Erfahrung des Abg. Stroffer kann ich seiner Ansicht, bezüglich der vorläufigen Entlassung nicht zustimmen. Das Recht der Verwaltungsbehörden, einen Gefangenen vorläufig entlassen zu können, ist ein zweischneidiges Schwert. Die Rücksicht auf die Entlassung des Staats wird zu Gunsten dieser Maßregel im Ernste nicht angeführt werden können. Gegenüber dem weit bedeutungsvolleren Moment der Einwirkung auf die Besserung des Verbrechens weise ich darauf hin, daß jenes Recht vielfach die Heuchelei fördert. Die Gefangenen werden im Hinblick darauf, daß sie bei guter Führung früher entlassen werden können, eine Besserung bloß äußerlich an den Tag legen, und erlangen dadurch vielleicht einen Vorzug vor ihren Mitgefangenen. Angenommen ferner, daß die Straftheile unserer Gerichte absolut richtig sind, so würde doch durch die vorläufige Entlassung das richterliche Strafmaß herabgemindert, also das volle Gewicht der Urtheile verringert. Ich gestehe offen, daß ich die Prügelstrafe, auch als Sühne einer strafbaren Handlung, keineswegs verwerfe (Sehr gut, rechts). Ich wünsche, daß die Frage nach der Behandlung der Verbrecher keine Parteifrage bilde. (Zustimmung rechts). Nach welcher Theorie zu strafen sei, ob nach der relativen oder der absoluten, darauf kommt es in der Praxis nicht an. Im praktischen Leben läßt man die Strafrechtstheorien sehr bald fallen. Ich bitte bei dieser Frage alle Parteirücksichten außer Acht zu lassen und nur die Sache selbst im Auge zu haben. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Die Frage, ob von dem § 23 des Strafgesetzbuchs seitens der Staatsregierung ein genügender Gebrauch gemacht wird oder nicht, läßt sich meines Erachtens durch so allgemeine Diskussionen nicht lösen. Wir werden zunächst die Gründe der Regierung hören müssen, um unser Urtheil zu fällen. Die Ansicht des Abgeordneten Hansen, daß die vorläufige Entlassung eines Gefangenen eine Korrektur des richterlichen Erkenntnisses bedeute, theile ich nicht. Die Abmessung des Strafmaßes und die Beurlaubung eines Straf-

gefangenen beruhen beide auf demselben Gesetze und es ist sehr wohl denkbar, daß der Richter in vielen Fällen bei der Strafabmessung Rücksicht auf den § 23 des Strafgesetzes nimmt. Ueber die Zweckmäßigkeit des Systems der Beurlaubungen kann man ja streiten, so lange dasselbe aber gesetzlich besteht, muß man auch gehandhabt werden. Um nicht die Deutung zuzulassen, als wolle ich durch diese Bemerkungen aussprechen, daß ich die Bestimmung des § 23 nicht billige, erkläre ich ausdrücklich, daß ich dieselbe auch heute noch in das Strafgesetzbuch aufnehmen würde. Die Frage, wer einer solchen Beurlaubung würdig sei, ist allerdings eine sehr schwierige, und die Gefängnißverwaltungen werden mit ihren Anträgen in dieser Beziehung sehr vorsichtig sein müssen. Nirgend herrscht so viel Gleichgültigkeit als in den Gefängnissen, und sie zu erkennen ist nicht immer leicht. Immerhin ist es von Interesse, zu konstatiren, daß in den anderen Staaten ein ausgiebiger Gebrauch von der Bestimmung des § 23 gemacht wird als in Preußen; ich meine, die Regierung wird sich der Pflicht kaum entziehen können, sich über ihre Gründe hier auszusprechen. Was die Frage betrifft, ob die Prügelstrafe als Disziplinarmittel in Gefängnissen zulässig ist, so ist dieselbe nur durch das Strafvollzugsgezet zu regeln; und ich möchte mir bei dieser Gelegenheit die Anfrage erlauben, in welchem Stadium der Entwurf dieses Gesetzes sich befindet. Interessant war es für mich, zu hören, wie man den Ruf nach Prügelstrafe erhebt und über die zunehmende Rohheit und die Ueberfüllung der Gefängnisse klagt. Seit dem Beginn des Kulturkampfes sind wenige Jahre vergangen; wenn Sie mit Ihrer Kultur fortfahren, werden Sie noch ganz andere Dinge erleben. Sie fordern Besserungsanstalten für verwahrloste Kinder und scheinen zu vergessen, daß Sie selbst diejenigen vertrieben haben, die sich die Erziehung solcher unglücklichen Wesen zur Lebensaufgabe gemacht hatten. Ich bin begierig, ob man mir auch heute wieder entgegenrufen wird: Lieber Verbrecher, als solche Besserung! (Beifall im Centrum.)

Abg. Götting erinnert daran, daß der nordwestdeutsche Gefängnißtag in Hannover, auf welchem eine große Menge erfahrungreicher Strafanstaltsdirektoren vertreten waren, sich sehr warm für das System der Beurlaubungen ausgesprochen habe. Die Ansicht, daß wegen Verbrechen Verurtheilten in den Gefängnissen milder behandelt werden sollen, als die übrigen Gefangenen, theile er durchaus nicht. Eine Verleumdung oder ein Angriff gegen die Staatsgewalt durch die Presse begangen, sei viel schlimmer als im Privatgespräch verübt. Was die Prügelstrafe betreffe, so könne man sich auf einen Beschluß eines Provinziallandtages doch wahrlich nicht berufen. Wenn eine solche Versammlung sich das Recht anmaße, über derartige Dinge zu urtheilen, die ein reichliches Studium erfordern, so müsse man ihr eine solche Befugniß entschieden bestreiten. Die Beurtheilung in der öffentlichen Meinung hänge von wechselnden Tagesstimungen ab, denen gegenüber man nicht irren dürfe an den langjährigen Erfahrungen, welche für eine Befestigung der Prügelstrafe sprechen.

Geh. Rath Illing: Die Handhabung des § 23 des Strafgesetzes liegt in den Händen der obersten Justizbehörde; ich bin deshalb, als Vertreter des Ministeriums des Innern, nicht in der Lage, mich über die Gründe auszusprechen, welche zu einer beschränkteren Beurlaubung von Urteilsgefangenen für Strafgefangene geführt haben. Daß die Strafen, namentlich in den Fällen einer kürzeren Dauer, sehr wesentlich von ihrem abschreckenden Charakter verloren haben, läßt sich nicht bestreiten (Hört! rechts), eine Abhilfe wird sich aber nur durch das Strafvollzugsgezet schaffen lassen, das gegenwärtig in der Reichsinstanz schwebt. Durch dieses Gesetz werden auch alle jene Vorschläge ihre Erledigung finden, welche heute von den verschiedenen Vorrednern bezüglich der Behandlung der Gefangenen gemacht worden sind. Daß die Gefängnißverwaltung von dem Grundsatz ausgeht, daß der Strafvollzug neben der Besserung auch die Abschreckung im Auge haben soll, ist vom Regierungssitz wiederholt ausgesprochen worden.

Abg. Wehr bemerkt dem Abg. Götting persönlich, daß er auf die Berechtigung der Provinziallandtage, über die Frage der Prügelstrafe ein Urtheil zu fällen, bei der dritten Lesung zurückkommen werde.

Das Kapitel wird genehmigt, ebenso die noch restirenden Kapitel des Stats (97. Für Wohlthätigkeitszwecke und 98. Allgemeine Ausgaben). Die einmaligen Ausgaben werden ohne Debatte genehmigt. — In Konsequenz der früheren Beschlüsse werden darauf auch in den Stats der Bauverwaltung, des Handels- und des Justizministeriums die Funktionszulagen für die Vorsteher der Zentralbureauz gefristet.

Die weitere Berathung des Stats wird am 31. Uhr auf Dienstag 11 Uhr verlag.

## Briefe und Zeitungsberichte.

(Berlin, 6. Dezember. [Der Steuer-Erlaß. Die offiziöse Presse.] Herr Bitter hat am Sonnabend in der Budget-Kommission die Erklärung eines seiner Kommissare, die Erhöhung der Matrifularbeiträge könne eventuell aus dem Ertrage der neu zu bewilligenden Reichsteuern gedeckt werden, noch bestimmter desavouirt, als es nach dem betreffenden Zeitungsberichte scheint; aber hieraus folgt — einerlei, wie die Ausichten für die Bewilligung jener neuen Steuern sich dadurch gestalten mögen — nur um so bestimmter, daß es an Deckungsmitteln für den preussischen Antheil der Erhöhung des Matrifularstats für 1881/82 fehlt, sofern es bei dem Steuer-Erlaß bleiben soll. Obgleich demgemäß auch auf der konservativen Seite die Bedenklichen nur noch bedenklicher geworden, scheinen sie doch bedeutet worden zu sein, daß vorläufig der Erlaß-Bedanke festzuhalten sei — entweder weil gehofft wird, schließlich auch die Klerikalen dafür zu gewinnen, oder weil man es für taktisch gehalten hält, den Vorschlag der Regierung gegen die Stimmen der Konservativen von den Liberalen und Klerikalen ablehnen zu lassen. Letzteres wird aber schwerlich geschehen: hinter den Bergen der Konservativen wohnen auch Leute, die wissen, daß Wahlen bevorstehen. Vorläufig geht man unter so bewandten Umständen konservativerseits an die faure Arbeit, trotz der drohenden Erhöhung der Matrifularbeiträge die Zulässigkeit des Verzichts auf die 14 Millionen Mk. zu „beweisen“. Die „Post“ unterzieht sich dieser verzweifelten Aufgabe, indem sie rath, die Einkommen höher zu veranlagern, als Herr Bitter es gethan — der doch gewiß ein Interesse an möglichst hohen Ansätzen hatte — und eine „Denkschrift“ auszuarbeiten, worin dargelegt würde, wie die Regierung beabsichtige, die höheren Einkommen stärker als bisher zur direkten Steuer heranzuziehen — nämlich künftig, nicht für 1881/82! Das sind gewiß solide Deckungsmittel für einen sehr soliden Ausfall von 14 Millionen Mk.! Vorläufig darf man sagen, daß die Frage sich noch nicht im Stadium der Entscheidung befindet. — Als der Minister des Innern heute im Abgeordnetenhaus seine Mißbilligung über die jüngsten Erzeße der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aussprach, erwähnte man sich, daß er vor längerer Zeit auch einmal hinter den Kulissen gegen Extravaganzen der „Provinzial-Korrespondenz“ einschritt, während das halbamtliche Blatt sicher geglaubt hatte, bei seinen Grobheiten gegen die







